

Da liegt er nun auf der Intensivstation der Patient „Stadt Lampertheim“.

Viele Hinweise zum gesünderen Lebenswandel wie z.B. zeitig zu konsolidieren, bei nicht unbedingt notwendigen Leistungen zu reduzieren u.v.m. wurde ignoriert.

Statt dessen wurden zu viele Süßigkeiten konsumiert und sich nicht genug bewegt.

Viele kennen das....

Es kommt halt irgendwann der Zeitpunkt an dem dafür die Rechnung kommt.

An diesem Punkt sind wir nun.

Sicher viele sagen nun, ja Corona der fürchterliche Krieg in der Ukrainerichtig.

Nur viele sagen auch „positioniere Dich in der Zeit“, dann geht es Dir in der Not besser.

Es ist nun endgültig an der Zeit für... Scholz würde sagen ...die „Zeitenwende“ auch in Lampertheim.

zu Fakten aus dem Haushaltsansatz

zunächst zu den Erträgen:

Diese sollen um 6,9 Mio. steigen also um 8,15%.

Liebe Mitbürger, steigen Ihre Löhne oder Renten um 8, 15% ?

3% dieser Steigerung der Einnahmen soll die geplante Grundsteuer B Erhöhung einbringen ,
was in Euro 2,57 Mio. sind.

Festzustellen ist ergänzend an dieser Stelle, dass bereits der Zuwachs des Einkommensteueranteiles 2,2 Mio. Euro ausmacht, den die Bürger aufbringen müssen.

Diese Infusionen die sich der Intensivpatient „Stadt Lampertheim“ auf dem Rücken, der von Inflation betroffenen Bürger, verabreichen möchte, sind zumindest in dieser Höhe nicht zu verantworten.

...und so kommen wir zu den Aufwendungen:

Diese sollen gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mio. Euro steigen.

Davon Personal + 1,7 Mio. (auf 26 Mio.) und Sach- und Dienstleistungen + 1,5 Mio. (auf 16,5 Mio.).

An dieser Stelle dankt die FDP den Mitarbeitenden am Haushaltsplan für die wirklich glaubhaften Bemühungen Einsparungen vorzunehmen.

Nur, es reicht eben nicht..... die Ausgaben steigen statt zu sinken.

Ein grundsätzliches Umdenken und eine grundsätzlich neue Sichtweise auf die Aufgaben der öffentlichen, kommunalen Institutionen ist dringend notwendig.

Diese müssen sich auf die Kernaufgabe konzentrieren und freiwillige Leistungen reduzieren, oder zumindest kostendeckend anbieten.

Dazu ist zwingend eine bessere Zuordnung auf die Verbrauchsstelle durch Kostenstellenverschreibung vorzunehmen, um die notwendige Transparenz in den Kosten herzustellen.

Eine lapidare Aussage wie „das können wir nicht leisten“ kann vor dem Hintergrund der Situation in der sich der städtische Haushalt befindet schlicht weder verstanden noch toleriert werden.

Die neue Fokussierung bedeutet für den Patienten weniger Süßes essen, statt dessen gesundenden Konsum, mehr Bewegung und somit erneuernde Verschlinkung.

Alle Fraktionen dieses Parlamentes haben sich intensiv wie selten zuvor mit der schwierigen Lage beschäftigt und jaeinige Samstage sind auch dafür drauf gegangen.

Wie ebenfalls selten zuvor wurden Themen angeht und Veränderungen gedacht, die sicher nicht jedem gefallen werden.

Wer möchte schon auf lieb gewonnene Süßigkeiten verzichten und statt dessen enthaltsamer aber im Sinne aller gesünder leben.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, es kann nicht sein, dass viele, auch Rentner mit geringer Rente und Familien bei denen es immer knapper wird, in dieser schwierigen Zeit, lieb gewonnene, aber freiwillige, zusätzliche Leistungen anderer über Steuererhöhungen mitfinanzieren.

Wir finden, dass Leistungen Ihren Wert haben und haben müssen und somit die Menschen, die den Nutzen daraus haben auch dafür, zumindest nennenswert anteilig auch aufkommen müssen.

Wir müssen von dieser „Kostenlosmentalität“ weg kommen.

Warum? Um das Bewusstsein für die Kosten und die Eigenverantwortung zu fördern und vor allem, es muss ja eben einer Zahlen ... nur eben ein anderer ! Das ist nicht gerecht !

Dazu später mehr bei der Erörterung der Anträge.

Ein Wort noch zu den Investitionen:

Wie in jedem Jahr sind auch in 2023 viele tolle Maßnahmen geplant.

Sicher sticht hier der neue Bauhof und die Planung für die Zehntscheune heraus.

Die Kausa Bauhof wird nunmehr mit offenem Ergebnis und vor den wirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Investitionen neu betrachtet. Ich hoffe für uns alle und insbesondere die Bauhofmitarbeiter auf eine gute Entscheidung in 2023.

Wir hoffen bei allen geplanten Maßnahmen auf mehr Umsetzungskraft unserer zuständigen Fachbereiche und eine wesentlich höhere Erfüllungsquote als in der Vergangenheit.

30% des geplanten Weges zu gehen sind eben 70% zu wenig.

Nun zu den Anträgen:

SPD

1. Änderung der Satzung Hundesteuer: Antrag CDU, Grüne, FDP

2. Kapitalrücklage BGL Reduktion von 1,8 Mio. auf 1,2 Mio. nicht zu beurteilen bzgl. Gesellschaften, was bringt das für den Haushalt, da Verrechnung nicht erlaubt

3. Stelle Eventmanager: Antrag CDU, Grüne, FDP Aufgaben sollen kostenneutral erfüllt werden, Wertvolle Hilfe die Organisation von Veranstaltungen, die verstreut in verschiedenen Fachbereichen erfolgt, zu strukturieren. Es handelt sich quasi um eine vorweggenommene Konsolidierungsmaßnahme. Antrag CDU, Grüne, FDP kommt unten

4. Sicherung der Zuwendungen an Suchtpräventionsprojekte

Suchtprävention ist wertvolle Arbeit: rettet Menschen und Hilft der Gesellschaft

5. Veränderung der Steuerhebesätze Grundsteuer B auf 525 Punkte

Hebesatz Gewerbesteuer auf 395 Punkte

Einführung Grundsteuer C

Vorab bereits an dieser Stelle ein Vorgriff auf den CDU, Grüne, FDP Antrag zur Steueranpassung:

NEIN zu Gewerbesteuererhöhungen ist Verdienst der FDP

Viele Firmen kämpfen seit Jahren sehr hart, um zum einen zu überleben und die Arbeitsplätze zu sichern und zum anderen zu investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Ferner zu investieren, um die Transformation im Energiesektor zu bewerkstelligen, ein plakatives Beispiel sind die Bäckereien, und weitere energieintensive Unternehmen.

Diese höher zu belasten ist geradezu schamlos.

6. Hessenkasse: Liquiditätsgewinn, jedoch Verrechnung nicht erlaubt.

7. Dach Friedhofskapelle 25 tsd.

Nein, momentan nicht.

FDP, CDU, Grüne diese Reihenfolge da klar Handschrift der FDP erkennbar

Es mussten auf allen Seiten viele Kröten geschluckt werden.

Der Grundtenor stimmte jedoch.

Antrag Einsparungen:

1. „Eventmanager“ ist nur bei voller Kompensation zu besetzen Zusammenarbeit mit Fachbereich 30 + Fachbereich 40 Einsparpotential 70 tsd.

2. Förderprogramm „Klimafreundliches Lampertheim“ 2023 Förderung 30tsd.

15tsd. Photovoltaik und 15 tsd. Begrünung

3. Sach und Dienstleistungen – 1 Mio. Einsparung aus laufender Verwaltungstätigkeit

Erhöhung lt. HH Einbringung + 1,5 Mio. in 2023

4. strukturelle Einsparpotentiale in 2023 auszuarbeiten:

- a. Abgabe Volkshochschule an den Kreis (Kosten-Nutzen Analyse)
- b. Veräußerung städtischer Gebäude : Einsparung Betriebskosten+Einsparung Instandhaltung + Einsparung energetische Sanierung
- c. Optimierung und Anpassung der Vereinsförderung (separater Antrag)
- d. Neues Nutzungs- und Medienkonzept Stadtbücherei
- e. Anpassung und Umsetzung neue Richtlinie Wohnbauförderung
- f. Evaluation des gesamten Aufgabenbereiches der Stabsstelle Soziales
- g. Evaluation aller freiwilligen Förderprogramme
- h. Hebung von organisatorischen Synergien zwischen FB 30 und FB 40 und Stadtmarketing
- i. Prüfung Notwendigkeit von Kita Neubau alternativen prüfen Kita Oberlache Planung fertigstellen, dann Stop . Bauentscheidung in 2023 anhand der aktuellen Bedarfszahlen
- j. Evaluation der städtischen Gesellschaften ggfls. Rückintegration in Stadtverwaltung
- k. Prüfung Zusammenlegung Räumlichkeiten VRN + Stadtmarketing
- l. Ausbau Kooperationsmöglichkeiten Mittelzentrum Ried und interkommunale Zusammenarbeit
- m. Evaluation der Verwaltungsaußenstellen in den Stadtteilen
- n. Anpassung der städtischen Zuschüsse für Schülerbetreuung , Kündigung der Verträge nächstmöglich bzw. Anpassung

Antrag Erträge, Steuern Gebühren

1. Gebührenerhöhung U3 20,00 (=50tsd.) und Ü3 (=180tsd.) jeweils um 20,00 je Monat

Wir hatten 2016 bereits 20% Deckung beschlossen, die jedoch in der Vergangenheit insbesondere während Corona nicht erreicht wurden. Im u3 Bereich sogar deutlich unterschritten sind.

Es handelt sich also um eine nachgeholte Anpassung.

Die Betreuung in Lampertheim ist auf sehr gutem, überdurchschnittlichen Stand.

Wir finden das hat seinen Wert.

2. Hundesteuer Anhebung um 24,00 je Hund, gefährliche Hunde um 48,00.

Ertrag 62 tsd.

Grundsteuer A ist von 330 auf 430 Prozentpunkte anzuheben Ertrag 33 tsd.

Grundsteuer B ist von 460 auf 580 Prozentpunkte anzuheben Ertrag 1,28 Mio. Euro

Gewerbesteuererhöhung war im Papier der Koalition zu finden wurde jedoch im Zuge der „Findung“ mit der FDP herausgenommen.